



VMR Newsletter - Ausgabe 2019/1



herzlich bei [Sabine Bockmühl](#) (Grafik) und [Edith Hilbe](#) (IT) für die Umsetzung der Webseite.

Verein für Menschenrechte
in Liechtenstein VMR



Mitgliederversammlung 2019 und Jahresbericht 2018: Am 16. April 2019 fand in der Hofkellerei die dritte [Mitgliederversammlung des VMR](#) statt. Die im [Jahresbericht 2018](#) dargelegten Menschenrechtsaktivitäten und Prioritäten wurden mit Interesse besprochen. Es wurden zwei Privatpersonen und der Gehörlosenkulturverein als neue Mitglieder in den Verein aufgenommen. Nach einer Einführung in die Nachhaltigkeitsziele der UNO durch Rudolf Batliner, Vorstandsmitglied des Vereins Tellerand wurde der Aperó für den angeregten Austausch genutzt.



Krankenversicherung und Leistungsaufschub: Die seit 2017 eingeführte neue Praxis der Krankenkassen, bei säumigen Zahlenden einen Leistungsstopp zu verhängen und abgesehen von (nicht genauer definierten) Notfallbehandlungen keine Grundleistungen mehr zu übernehmen, erfüllt den VMR mit Besorgnis. Die Praxis führte zu einem Anstieg von Leistungsaufschüben von Ende 2017 bis Februar 2019 von 167 Personen (Ende 2017) auf 290 Personen (Februar 2019). Die Ursachen für die Prämienausstände sind nicht systematisch untersucht worden. Die Zunahme von Unterstützungsgesuchen für wirtschaftliche Sozialhilfe beim ASD sowie für bei Nichtregierungsorganisationen wie der Caritas und der Stiftung Lichtbleck deuten jedoch auf wirtschaftliche Schwierigkeiten. Der VMR äusserte sich besorgt über diese Entwicklung und empfiehlt eine Untersuchung der Gründe für die Prämienausstände z.B. im Rahmen eines neuen Armutsberichts. Er spricht sich gegen eine gesetzliche Verankerung des Leistungsaufschubs aus. Die Nichtgewährung von Leistungen aufgrund wirtschaftlicher Notlagen stellt den gleichberechtigten Zugang aller Personen zu grundlegenden Gesundheitsleistungen und damit das [Recht auf Gesundheit](#) in Frage. Hinsichtlich relativer Armut in Liechtenstein setzt sich der VMR zusammen mit der Caritas und weiteren Organisationen mit der Situation auseinander. Neben einer geplanten Sensibilisierungskampagne findet im Juli ein organisationsübergreifender Fachaustausch zu diesem Thema statt.



Nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs): Am 15. September 2015 verabschiedete die Staatengemeinschaft im Rahmen eines Gipfeltreffens die UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit insgesamt [17 Nachhaltigkeitszielen \(Sustainable Development Goals \(SDGs\)\)](#). Die liechtensteinische Regierung hat die SDGs zusammen mit dem „Regierungsprogramm 2017-2021“ als strategische Leitlinie für die Regierungstätigkeit definiert, um den SDGs ein hohes politisches Gewicht zu geben. Sie konzentriert sich dabei auf acht SDGs, bei denen sie am meisten Handlungsbedarf bzw. die grössten Herausforderungen für die Zukunft sieht. Bestimmte Projekte des Regierungsprogramms 2017-2021 sollen kohärent mit den SDGs umgesetzt werden. Darunter die Bildungs-Strategie 2025, die Aktualisierung der Strategie für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern und die Massnahmen zur Geschlechtergleichstellung. Der ebenfalls im



Regierungsprogramm vorgesehenen Erhöhung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit auf 0.5 Prozent des BNE wurde im Landtag leider nicht entsprochen. Die Zivilgesellschaft bündelt unter der Leitung des Netzwerks für Entwicklungszusammenarbeit die bestehenden Aktivitäten und initiiert verschiedene Aktionen zur Sensibilisierung und Umsetzung der Ziele. Am 16. Juli 2019 wird Liechtenstein über seinen Beitrag zur Umsetzung der SDGs vor der UNO berichten. Der VMR wird die Position der Zivilgesellschaft in den Prozess der Berichterstattung einbringen.



Vertretung von Frauen in der Politik: Sowohl bei den Gemeinderatswahlen von 2015 als auch den Landtagswahlen von 2017 sank der Frauenanteil auf bedenkliche 17 und 12 Prozent. Dementsprechend bestürzt zeigten sich die Frauenorganisationen in Liechtenstein. 2017 schliesslich gründeten 28 Männern und Frauen den [Verein Hoi Quote](#), dass sich auch dem Frauennetz anschloss. Vor den [Gemeinderatswahlen 2019](#) lancierte das Frauennetz das Projekt [Vielfalt in der Politik](#) mit dem Ziel, eine ausgeglichenerere Vertretung von Männern und Frauen in der Politik zu erreichen. Das auf acht Jahre ausgelegte Projekt verfolgt dabei drei Ansätze: Die Verbesserung des Wahlprozesses, Empowerment von Frauen für die Politik und eine bessere politische Bildung. Der Verein Hoi Quote setzte sich mit einer Sensibilisierungskampagne für eine paritätische Vertretung in der Politik ein. Der VMR unterstützte den Verein Hoi Quote finanziell und sicherte dem Frauennetz für sein Projekt ebenfalls Unterstützung zu.



Frauen*streik am 14. Juni 2019: Der zeitgleich mit der Schweiz lancierte [Frauen*streik vom 14. Juni 2019](#) stellt in seinem Manifest sieben Forderungen an Politik und Gesellschaft: Die gleichberechtigte Verteilung unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern, die Einführung einer umfassenden Gleichstellungs- (Gender-Mainstreaming) Strategie, das Aufbrechen von Rollen-Stereotypen, die Ratifizierung der Istanbul-Konvention zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerb und die Herstellung von Lohngleichheit. Zudem soll ein barrierefreier Zugang zu allen Leistungen der Gesellschaft ermöglicht und Mehrfachdiskriminierungen von bestimmten Frauengruppen verhindert werden. Die Organisatorinnen rufen alle Frauen und solidarischen Männer auf, ein Zeichen für diese Forderungen zu setzen und am offiziellen [Programm](#) ab 15.30 Uhr auf dem Peter-Kaiser-Platz teilzunehmen.



Statistikkommission: Die Anregungen der VMR-Mitglieder zu notwendigen Daten und Statistiken wurden in die [Statistikkommission](#) der Regierung eingebracht. Der Wunsch für eine Armutsstudie wurde aufgenommen. Das Amt für Statistik wird den Vorschlag prüfen, dass der Indikator „Working-Poor-Haushalte“ im Verhältnis aller Haushalte und der Indikator „Bezieher wirtschaftlicher Sozialhilfe“ im Verhältnis zur Wohnbevölkerung dargestellt wird. Von verschiedener Seite wurde eine Statistik über die Hilfe und Pflege zu Hause (Kosten, geschaffene Anreize durch den Gesetzgeber, Care Migrantinnen, Ausbeutung Arbeitskräfte etc.) gewünscht. Im Statistischen Programm 2019 und 2020 befindet sich bereits das Vorhaben für eine Machbarkeitsstudie Sozialhilfestatistik. Die Abklärungen für die Statistik über die Hilfe und Pflege zu Hause werden im Zuge dieser Machbarkeitsstudie erfolgen. Von anderen Kommissionsmitgliedern wurde vorgeschlagen, eine Statistik über das Sozialkapital in Liechtenstein durchzuführen. Das Liechtenstein Institut hat bereits Vorarbeit dazu geleistet. Im statistischen Programm ist eine Machbarkeitsstudie zur Befragung von Lebensbedingungen enthalten. Schliesslich wird angeregt, bei den Nutzerbedürfnissen die Nachhaltigkeitsziele der UNO im Hinterkopf zu behalten.



Kinderlobby Liechtenstein: Mit dem Jahresthema 2019 „Recht auf gesunde Entwicklung“ setzt die [Kinderlobby](#) Familien mit Kleinkindern, die besonderen Herausforderungen ausgesetzt sind, ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Diese benötigen frühe und vor allem niederschwellige präventive Unterstützung. Die Kinderlobby Liechtenstein besteht aus 21 Organisationen und wird von der OSKJ-Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche koordiniert. In Zusammenarbeit mit den Tageszeitungen bringt die Kinderlobby im Laufe dieses Jahres eine Beitragsreihe in loser Folge, welche die gesunde Entwicklung von Kindern aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Am Samstag, 27. April ist in beiden Zeitungen der [Auftaktartikel](#) erschienen. Weitere Aktionen werden im November, dem «Monat der Kinderrechte» stattfinden.